

SPD-Rathausfraktion

CDU Rathausfraktion

Ratsfraktion Die Linke

FDP Ratsfraktion

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen/ALN

Herrn
Stadtpräsidenten
Friedrich-Wilhelm Strohdiek
Neues Rathaus
24534 Neumünster

0006/2008

16.09.2008

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,

setzen Sie bitte folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung.

Mit freundlichem Gruß


Andreas Hering


Sabine Krebs


Jörn Selb


Stefan Kommoß


Sebastian Fricke

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Ratsversammlung bittet den Herrn Stadtpräsidenten zum 09.11.2008 die folgende Resolution der Ratsversammlung zu veröffentlichen:

In der Nacht vom 09. auf den 10. November jährt sich zum 70. Male die „Reichspogromnacht“, mit der in Deutschland die systematische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung eingeleitet wurde.

In diesen Tagen wurden unter den Augen der Öffentlichkeit 191 jüdische Gotteshäuser in Brand gesteckt, weitere 76 Synagogen vollständig demoliert. Ferner wurden Gemeindehäuser, Friedhofskapellen und dergleichen in Brand gesetzt und zerstört. Hinzukamen 815 zerstörte Geschäfte, 29 in Brand gesteckte oder sonst zerstörte Warenhäuser sowie 171 in Brand gesetzte und zerstörte Wohnhäuser.

In Folge der von den Nazis organisierten Gräueltaten wurden in den folgenden Tagen über 30.000 jüdische Menschen in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen verschleppt.

S.W.

Verbunden mit diesen Zerstörungen und der massenhaften Verfolgung war der Raub jüdischer Vermögen, besser bekannt unter dem Stichwort „Arisierung“. Dabei bereicherten sich „arische“ Geschäftsleute und Banken, Versicherungen und der faschistische Staat am Eigentum der deutschen Juden.

Die Reichspogromnacht war das Fanal zu einem beispiellosen Völkermord an den Juden, dem am Ende über sechs Millionen Menschen zum Opfer fielen. Die deutsche Mehrheit schaute damals weg. Das ermutigte die Nationalsozialisten, nach und nach alle Bürgerrechte abzuschaffen und ihre Diktatur zu festigen.

Der Terror traf alle. Minderheiten wie die Roma und Sinti, geistig und körperlich Behinderte, Homosexuelle und politische Gegner.

Die Ratsversammlung erinnert in diesem Zusammenhang an die Schicksale dieser Menschen. Wir bitten unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger sich dieses Tages zu erinnern und ihn nicht zu verdrängen. Dies sollte durch offene Gespräche zwischen den Generationen in den Familien, am Arbeitsplatz und im Freundeskreis ebenso geschehen wie durch eine sachgerechte und kompromisslose Analyse der nationalsozialistischen Ideologie und ihrer Folgen in den Schulen, Medien und in der Jugend- und Erwachsenenbildung, und zwar zu diesem Tag und über diesen Tag hinaus. Vielleicht ist der 9. November auch ein gutes Datum, um die in Neumünster verlegten „Stolpersteine“ aufzusuchen und den mit diesen Steinen geehrten Opfern des Naziterrors vor deren früheren Wohnungen Respekt zu zollen.

In Kenntnis dieser Folgen ist es heute unsere demokratische Pflicht, jeden Rassismus von Anfang an zurückzuweisen.

Die rechtsradikal motivierten Straftaten in den vergangenen Jahren sind mehr als nur ein Fingerzeig dafür, dass wir uns trotz aller Bemühungen auf längere Sicht mit einer Szene der Ignoranten und Unbelehrbaren auseinandersetzen müssen.

Wir werden uns diesen Menschen gemeinsam mit aller Konsequenz entgegenstellen und sie in ihre Schranken weisen, damit der 9. November 1938 ein absolut einmaliges Mahnmal unserer Geschichte bleibt.

Begründung:

Der 70. Jahrestag der „Reichspogromnacht“ rechtfertigt und erfordert aus den in der Resolution genannten Gründen ein Tätigwerden der Ratsversammlung.